

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

XXIV 120

Bonn, den 30. Juni 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Spiel mit dem Feuer</u> Zum Echo auf die Polenreise von Klaus Schütz	59
2	<u>KONSULTATIONEN</u> Die Reise des amerikanischen Präsidenten nach Bukarest	25
3 - 4	<u>Junges Blut</u> Gute Erfahrungen mit jungen Kommunalpolitikern Von Karlheinz Böhm	94
5	<u>Der Sport im anderen Teil Deutschlands</u> Mittel politischer Demonstration	40
6	<u>Dänemark zurück zu Krag</u> Sozialdemokraten gewinnen wieder an Boden	40

Spiel mit dem Feuer

Zum Echo auf die Polenreise von Klaus Schütz

sp - Der Regierende von Berlin, Klaus Schütz, ist zur Zielscheibe eines Kreuzverhörs geworden, das aus den verschiedensten Ecken kommt. Die "PRAWDA", das Zentralorgan der sowjetischen Kommunisten, unterstellt Klaus Schütz, er habe seinen Besuch in Polen und in dem darauffolgenden in der "ZEIT" erschienen Bericht versucht, die polnische Westgrenze zu revidieren. Der Fraktionsvorsitzende der Unions-Parteien, Herr Dr. Barzel, warf Schütz vor, er habe alles das verschenkt, "was deutsche Substanz" sei. Wahrhaftig ein starkes Wort, dem jede Berechtigung fehlt, denn Schütz hatte nichts zu "verschenken", noch auf etwas zu "verzichten". Barzel meinte, keiner sei befugt, über Recht und Eigentum unserer Mitbürger hinwegzugehen.

Herr Windelen, Bundesminister für Vertriebene und Flüchtlinge, drückte sich etwas vorsichtiger aus. Er stimmte mit Schütz überein, daß es zu einer Verständigung mit Polen nur kommen wird und kommen kann, wenn, ähnlich wie in Westeuropa, Grenzen nicht mehr trennen, sondern verbinden. Wörtlich fügte er hinzu: "Wenn man nach Wiederherstellung alter Grenzen rufen würde, würde man eine solche Verständigung vereiteln." Das hört sich schon besser an.

Serbert Wehner, Minister für gesamtdeutsche Fragen, hat Schütz bestätigt, er sei wie jeder andere Deutsche befugt, seine Meinung zu schreiben und zu sagen. Schütz, Angehöriger der jüngeren Generation, ein Mann also, der nicht in den Verstrickungen einer unheilvollen Vergangenheit verwickelt war und zugleich verantwortlich ist für die Geschehnisse Westberlins, handelte in Übereinstimmung mit der erklärten Außenpolitik der Bundesregierung, wenn er versuchte, in Polen Erleichterungen und Verständnis für Berlin und die Bundesrepublik zu erwecken. Ein Gegensatz zur Politik der Bundesregierung, wie ihn einige Nachfahren des kalten Krieges künstlich zu konstruieren suchten, ist nicht gegeben. Schütz hat versucht, einige Türen für den unvermeidlichen deutsch-polnischen Dialog zu öffnen und sich dabei auf die Magna Charta der Vertriebenen berufen, deren Geist offensichtlich bei manchen Kritikern von Schütz nicht mehr lebendig ist.

Die deutschen Sozialdemokraten stellen sich aus wohlüberlegten Gründen hinter den Regierenden von Berlin und danken ihm für sein Bemühen, Wegzeichen in den mit soviel Schrecklichem belasteten deutsch-polnischen Beziehungen zu stecken. Sie widersetzen sich allen Versuchen, aus nationalpolitischen Notwendigkeiten parteiegoistisches Kapital schlagen zu wollen. Ein in sich befriedetes Europa kann es nur geben, wenn Deutsche und Polen gemeinsam eine Ordnung der europäischen Verhältnisse anstreben, die allen Völkern das Recht sichert, miteinander ohne Furcht und in friedlicher Partnerschaft zu leben.

Die Kritiker des Reiseberichts von Schütz setzen sich einem schrecklichen Verdacht aus. Wollen sie es nur bei Bekenntnissen lassen? Auch sie wollen die Verständigung mit Polen als unerläßliche Voraussetzung für ein befriedetes Europa und schrecken dann davor zurück, wenn diesen Bekenntnissen ein konkreter Inhalt gegeben wird. Oder nehmen sie die Reise von Schütz nur zum Anlaß, um bestimmte Ressentiments zu erwecken, weil sie sich davon in dem bevorstehenden Wahlkampf Erfolg versprechen?

Das ist ein Spiel mit dem Feuer, an dem wir uns alle verbrennen können.

Auf keiner der vielen Europa-Taugungen, wo deutsche Politiker mit Vertretern anderer Staaten zusammentreffen, wird die Frage ausgelassen, wie wir Deutschen uns die Verständigung mit dem polnischen Volk vorstellen. Längst ist die Zeit vorbei, in der nur der Hinweis auf einen späteren Friedensvertrag genügt. Auch unsere westlichen Verbündeten geben uns das deutlich genug zu verstehen. Aber das alles wissen die Kritiker von Schütz sehr genau. Sie sprechen von Europa, weigern sich aber, deutlich zu machen, was sie darunter verstehen. Sie üben sich statt dessen in nationalistischer Phraseologie.

+ + +

K O N S U L T A T I O N E N

Zur Reise des amerikanischen Präsidenten nach Bukarest

sp - Nach seiner Wahl zum Präsidenten der Vereinigten Staaten hat Nixon mehrere Male erklärt, er werde sich bemühen, Gespräche mit den Verbündeten der Vereinigten Staaten und den Regierungen anderer Länder in Form von Konsultationen zu führen. Dies sagte er auch bei seinem Besuch in Bonn und Berlin. Man darf daher von der Voraussetzung ausgehen, daß auch der Besuch Nixons in Rumänien der Konsultation dienen wird.

Die Ankündigung dieses Besuches hat natürlich in der ganzen Welt zahlreiche Spekulationen ausgelöst. Werden die Sowjets ver-schupft sein, wird Moskau Nixons Besuch in Bukarest als Affront betrachten? So lauten allenthalben die Fragen.

Es ist jedoch anzunehmen, daß die sowjetische Regierung v o r - h e r von der Absicht Nixons unterrichtet war, im Anschluß an eine Reise in mehrere asiatische Länder auch die rumänische Hauptstadt aufzusuchen. Anderenfalls wäre die Reaktion Moskaus weniger gelassen. Interessant ist auch, daß Breschnew und Kossygin v o r Nixon in Bukarest aufkreuzen werden. Es ist daher nicht völlig abwegig, wenn in den USA jetzt schon davon gesprochen wird, daß es in Bukarest zu einem Meinungsaustausch kommen könnte, der weit über die Bedeutung eines Höflichkeitsbesuches des amerikanischen Präsidenten in der rumänischen Hauptstadt hinausgehen könnte.

Wie dem auch sei: Im Vordergrund aller Überlegungen steht der Wunsch Nixons nach Konsultationen mit jedem, der diese wünscht. Das ist mehr als ein "Blitzbesuch", der oft genug zu falschen Interpretationen Anlaß gibt.

+ + +

Junges Blut

Gute Erfahrungen mit jungen Kommunalpolitikern

Von Karlheinz Böhm

Khb. - Was war eigentlich der Grund für den in fast allen Bundesländern jetzt erörterten Gedanken, das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre herabzusetzen? War es die ideale Absicht, den jungen Menschen schneller an die politische Verantwortung heranzuführen? Das wäre eine löbliche Absicht. Aber aus der Tatsache, daß noch vor drei Jahren, also zu einer Zeit, da unsere Studenten und Oberschüler noch ruhig im Lande waren, kaum jemand über eine neue Regelung des Wahlrechts sprach, muß man wohl schließen, daß eine Herabsetzung des Wahlalters und damit verbunden des Wählbarkeitsalters eine Konzession an die Unruhigen darstellen soll. Wer so rechnet, wer sich die Ruhe mit dem Wahlrecht erkaufen will, der kann sich leicht "in den Finger schneiden". Denn es ist eine Illusion, zu glauben, Wahlrechtsfragen trieben unsere jungen Leute zu Demonstrationen.

Es wäre auch falsch, die Frage aus partei-egoistischen Erwägungen beantworten zu wollen, etwa derart, daß die 18- bis 21jährigen überwiegend SPD oder CDU wählen und damit dem Parlamentarismus zu klareren Mehrheitsverhältnissen verhelfen würden. Gewiß lehren Untersuchungen, daß die Wählerschaft in der herkömmlichen Wahlaltersbegrenzung weitgehend festgelegt und starr ist; aber nichts deutet darauf hin, daß die 18- bis 21jährigen eindeutig einer der drei "etablierten" Parteien den Vorzug geben. Es muß abgewartet werden, ob diese Wählergruppe, die aufgrund ihrer Jugend zu radikaleren Lösungen neigt, nicht eine extreme Partei, sei es die DKP oder die NPD, stärker bevorzugt. Hamburg, wo das Wahlalter bereits herabgesetzt wurde, wird bei den Bürgerschaftswahlen im kommenden Jahr den Beweis hierfür liefern.

In Hessen beabsichtigt die Landesregierung, noch in diesem Jahr einen entsprechenden verfassungsändernden Gesetzentwurf im Landtag einzubringen. In Nordrhein-Westfalen werden die Kommunalwahlen am 9. November dieses Jahres zwar noch nach dem alten Wahlgesetz durchgeführt, aber bereits für die nächste Wahl, vielleicht schon für die Landtagswahl im Juni 1970, ist mit der Herabsetzung des Wahl- und Wählbarkeitsalters zu rechnen. Andere Länder werden folgen.

Das heißt für uns Kommunalpolitiker: Wir werden in absehbarer Zeit in den kommunalen Vertretungskörperschaften 21- oder mindestens 23jährige Gemeinderäte oder Kreistagsmitglieder haben. Warum auch nicht? Das Rathaus gilt schon immer als die Grundschule der Politik. Hier lernt der neu sich der aktiven Politik zuwendende Bürger die Spielregeln des Parlamentarismus kennen, hier lernt er seine ideellen politischen Vorstellungen messen an den nüchternen, realen Möglichkeiten. Nicht nur mit Siebzehn und Achtzehn, sondern auch mit Einundzwanzig oder Dreiundzwanzig hat man noch Träume. Politik, auch Kommunalpolitik, ist aber eine Aufgabe für Heilwache.

Im übrigen hat man mit "den Jungen" in der Kommunalpolitik überwiegend gute, ja, sehr gute Erfahrungen gemacht. Sie bewegen sich un-

konventioneller. Sie sind frei von persönlichen Bindungen, wie sie eine langjährige Zugehörigkeit zu einem Gemeindeparlament nun einmal mit sich bringt. Ihre Gedanken sind (manchmal unbequem) neu. Ihre Sprache ist frisch; sie reden nicht pathetisch von "dem Hohen Hause", was doch niemand ernst nimmt. Wie könnte es anders sein: Sie sprechen die Sprache der Jungen - und sind somit Brücke vom Parlament zur jungen Generation.

Freilich setzt das eine sorgfältige Auswahl bei der Aufstellung der Kandidaten voraus. Schnelle Auffassungsgabe, Einsatzfreude für die Gemeinschaft, politisches Gespür und die Gabe, sein Wollen in überzeugender Rede verdeutlichen zu können, gehören zu den erwünschten Fähigkeiten eines Kommunalpolitikers. Es sind zumeist nicht die jungen Ratsherren, die eine Fraktion in schwierige, gar peinliche Situationen bringen; es sind sehr viel öfter die alten Herren im Rat, die entweder qualitativ nicht ausreichen oder die nach Beendigung ihrer guten Zeit meinen, noch mitarbeiten zu können. Kein Zweifel: Mancher Gemeinderat könnte die Zuführung jungen Blutes gut vertragen.

Bei der Konfrontation mit den Realitäten wird den jungen Weisjahren auch sehr schnell die Erkenntnis kommen: Hier, im Kommunalparlament, da wird ernsthaft gearbeitet. Da geht es nicht um Präsenz und die Eintragung in Präsenzlisten, sondern um Mitarbeit. Hier ist der Kreis so klein, daß Ausfälle besonders auffallen. Hier, im Gemeinderat und seinen Ausschüssen, kennt man nicht Pannen, wie sie erst kürzlich im nordrhein-westfälischen Landtag und im Deutschen Bundestag zu verzeichnen waren. Unzureichende Anwesenheit von Abgeordneten, Beschlußunfähigkeit, unentschuldigtes Fehlen, "Verkrümeln" bei Sitzungen - wo gibt es so etwas in Gemeinderäten oder Kreistagen? Hier ist es weitgehend noch Ehrensache, sein Ehrenamt auszufüllen.

So gesehen ist es nicht verwunderlich, daß alle von Parlamentsreform reden, in den Landtagen und im Bundestag. Aber eine Reform der Kommunalparlamente wird nicht gefordert. Das heißt nicht, daß hier alles in bester Ordnung ist. Auch hier werden noch zu viele Monologe gehalten, auch hier würde eine stärkere Transparenz zu einem besseren Verständnis führen, auch hier sollte man nach Möglichkeiten der Qualitätsverbesserung sinnen - aber die heute in der Öffentlichkeit weit verbreitete Vorstellung, daß die Parlamente ihre Aufgaben nicht voll erfüllen, wird zu einem großen Teil nicht auf die Kommunalparlamente bezogen. Das sollte die Parlamentarier und die anderen politisch Verantwortlichen aufhorchen lassen. Auch de Gaulle konnte, als er an die Macht kam, die Nationalversammlung nur entmachten, weil sie nach Meinung der Mehrheit im französischen Volke nicht effektiv genug gearbeitet hatte. An die Kommunalparlamente wagte sich der General nicht heran.

Wir wollen nicht den Weg Frankreichs gehen. Wir wollen unsere parlamentarische Demokratie erhalten, weil der Parlamentarismus das am meisten der Demokratie entsprechende Verfahren ist. Aber der Parlamentarismus muß zeitgemäß sein. Er muß sich regenerieren können. Junge Kräfte in der Politik sind ein Mittel zur Regeneration.

Der Sport im anderen Teil Deutschlands

Mittel politischer Demonstration

EDSch - Mehr als 40.000 Sportlerinnen und Sportler, Junge und Alte, werden am 24. Juli im Rahmen des V. Deutschen Turn- und Sportfestes am DDR-allgewaltigen Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht vorbei defilieren. Bis zu diesem Tage wird das Vorbereitungskomitee mit einem Kostenaufwand von fast neun Millionen Mark die organisatorischen Voraussetzungen für diese "sozialistische sportliche Machtdemonstration" geschaffen haben. Spenden, eine spezielle Lotterie und der Erlös aus Werbeabzeichen bringen zusammen mit einer staatlichen Beteiligung die erkleckliche Summe auf. Daß Walter Ulbricht mit seiner Mannschaft in dieser regimebestätigenden Demonstration einen Erfolg sozialistischer Sportpolitik erkennen wird, steht bereits zu dem Zeitpunkt fest, wo nicht einmal der erste Sportler den Zug nach Leipzig bestiegen hat.

Linientreues Miteinander der SED mit dem Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB), der Gesellschaft für Sport und Technik in Verbindung mit FDJ und FDGB werden in den Festreden der DDR-Frominenz mit Sicherheit den Platz erhalten, der dem Sport aus der Sicht von SED und Staatsführung schlechthin eingeräumt wird. Erst kürzlich überreichte Manfred Ewald, Präsident des DTSB dem SED-Chef die DDR-Sportliste für das abgelaufene Jahr. Systematisch klettert die Säule der fest organisierten Sportler im anderen Teil Deutschlands auf zwei Millionen. Der Anteil der Jugendlichen bis 18 Jahren bewegt sich bei etwa 40 Prozent. Durch die Spartakiade und die Sportabzeichenbewegungen setzte man noch einmal bald 3,5 Millionen DDR-Bürger aller Altersklassen in "Bewegung".

Im innerpolitischen Raum bilden sportliche Aufmärsche ein wirksames psychologisches Mittel zur Anerkennung der "gemeinsamen" Leistungen des "ersten Arbeiter- und Bauernstaates" auf deutschem Boden durch die Bürger im anderen Teil Deutschlands. In der Tat bieten Maßnahmen sportlicher Durchforstungen des DDR-Talentwaldes eine außergewöhnliche Chance erfolgreicher Talentsuche und Talentförderung, die ihren Niederschlag in den beachtenswerten Erfolgen DDR-Sportler im internationalen Bereich finden. Jede Medaille, jeder internationaler Erfolg werden von SED und DTSB in "wirksames" politisches Kapital umgesetzt, wie andererseits Schwierigkeiten in den internationalen Föderationen und Organisationen des Sports stets der Bundesrepublik angelastet werden. Wenn im Leipziger Zentralstadion die große Sportshow abrollt, wird die politische Führung in der DDR es wohl verstehen, vor 100.000 Zuschauern deutlich und nachhaltig Pluspunkte für Identifizierung der Menschen zum Regime zu sammeln.

Dänemark zurück zu Krag

Sozialdemokraten gewinnen wieder an Boden

sp - Als bei den Folketingswahlen im Vorjahr die dänische Sozialdemokratie eine recht empfindliche Niederlage erlitten hatte, wurde das Kabinett Jens Otto Krag durch eine bürgerliche Regierung ersetzt. Sie besteht aus den Vertretern der Radikalen, der Radikalen Venstre und der Konservativen. Das Warten der Bürgerkoalition sollte Dänemark Segen bringen - nämlich nach der Versicherung der gesamten Bürgerpresse. Die dänische Sozialdemokratie, die so lange für das Geschick des Landes verantwortlich gewesen ist, würde, so meinten damals viele, in absehbarer Zeit nicht in die Regierung zurückkehren.

Mittlerweile sind viele Schiffe den Sund hinauf- und hinabgefahren. Aber Dänemarks Bevölkerung ist nicht gut gefahren mit ihrer Bürgerregierung. Die Valutareerven sind eingeschrumpft; der Zinsfuß ist mit neun Prozent der höchste in Europa; die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, die Preise sind es nicht minder; von den besprochenen Steuererleichterungen kann man nicht mehr sprechen, weil die Steuern erhöht worden sind. Nichts ist übrig von dem Glanze, mit dem sich die Dreieck-Regierung beim Regierungsantritt umgeben hatte.

Die neuesten Stimmungsspiegungen haben ergeben, daß die Dreieck-Regierung die Mehrheit verloren hat. Ihr Stimmenanteil ist von etwa 54 Prozent auf etwa 48 gesunken, während jener der Sozialdemokraten von etwas über 36 auf mehr als 43 Prozent gestiegen ist. Sollte es in der nächsten Zeit zu Wahlen kommen - und angesichts der politischen Lage im Lande ist dies durchaus wahrscheinlich - ist die Ausgangslage der Sozialdemokraten ungemein günstig. Es ist ziemlich sicher, daß sie wieder die führende Regierungspartei sein wird.

Der eben zu Ende geführte Parteitag der dänischen Sozialdemokraten, der sich ein neues Aktionsprogramm gegeben hat, hat ausgedrückt, daß die Partei ihre Hoffnung nicht auf die Mißgeschicke der jetzigen Regierung baut, sondern auf die eigene Kraft. Wie die anderen sozialdemokratischen Parteien des Nordens legt das neue Programm das Hauptgewicht auf die weitere Demokratisierung der Gesellschaft auf allen Gebieten, auf die Entwicklung des sozialen Ausgleichs, und es stellt den Menschen in den Mittelpunkt des Geschehens - sowohl in den Haushalten und an den anderen Arbeitsplätzen. Die Erziehung der Menschheit durch die Allgemeinheit ist einer der Hauptpunkte des neuen Programms.

Die Gewerkschaften haben sich auf dem Parteitag vollkommen an das neue Aktionsprogramm angeschlossen. Sie wollen gemeinsam mit der Partei die Dreieck-Regierung stürzen und, wie es der Vorsitzende der Gewerkschaftszentrale, Thomas Nielsen ausgedrückt hat, das Dänemark der Zukunft bauen.